

## **Jenseits von Afrika – Von Genf über Washington nach New York (24. - 30. März 2023)**

Nachdem ich seit meinem Amtsantritt viele afrikanische Staaten besucht habe, war es Zeit auch die für Afrika relevanten Akteure außerhalb des Kontinents zu treffen.

So habe ich meine Rede zur Unterstützung des Verbots von Landminen in Genf am 24.03. zum Anlass genommen, auch den Afrika Direktor des Internationalen Roten Kreuzes, Patrick Youssef, und den Leiter des Centre for Humanitarian Dialogue, David Harland, kennen zu lernen.

Die Landminen-Konvention hat gerade auch für viele afrikanische Staaten eine hohe Relevanz, da viele von ihnen, u.a. Kongo und Angola von der Problematik stark betroffen sind. Bis auf Marokko, Ägypten und Libyen sind alle Staaten Afrikas der Konvention beigetreten. Einige arbeiten vorbildlich an der vollständigen Beseitigung und Vernichtung dieser Minen, brauchen aber noch weitere Unterstützung. Deutschland hat dieses Jahr die Präsidentschaft der Landminen-Konvention übernommen und wir werden alles versuchen, weitere Mitglieder zu gewinnen unter den 33 Staaten, die bisher nicht beigetreten sind.

Das Internationale Rote Kreuz hat vor 160 Jahren die erste Genfer Konvention auf den Weg gebracht und leistet zusammen mit dem roten Halbmond noch heute in so gut wie allen Konfliktgebieten der Welt medizinische und sonstige humanitäre Hilfe. Seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind in Kriegsregionen präsent, wo kaum sonst noch jemand Zugang hat, wie im Norden von Burkina Faso oder in Tigray, wo sie selbst im letzten Jahr während der Kriegshandlungen in Mekelle ein Krankenhaus betrieben haben. Auch bei den Vermittlungen von Friedensverhandlungen in Äthiopien hat das Rote Kreuz eine unterstützende Rolle gespielt.

Die Suche nach geeigneten Vermittlern in komplexen Konfliktlagen ist auch der Schwerpunkt der Nichtregierungsorganisation „Humanitarian Dialogue“. Das Geheimnis ihres Erfolges ist u.a. ihre Diskretion, weshalb sie auch wenig Öffentlichkeitsarbeit machen.

Am Folgetag, am Samstag, habe ich bei der Gründung des Alumnivereins der Deutschen Schule Genf als Staatsministerin und ehemalige Schülerin die Schirmherrschaft übernommen und in meiner Rede nochmal unterstrichen,

warum die Förderung der deutschen Sprache im Ausland und Bildungsbiographien mit Deutschlandbezug für uns als Einwanderungsland so wichtig sind.

Am Sonntag wollte ich von Genf nach Washington weiterreisen, aber aufgrund eines Defekts am Flugzeug (United) musste ich den Tag im Flughafenhotel verbringen und konnte erst am Montag abfliegen.

Anlass für den Zeitpunkt meiner Reise in die USA war die Sitzung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York zum Thema „Frieden und Sicherheit in Afrika“. Zu dieser offenen Debatte, zu der auch Staaten eingeladen sind, die gerade nicht im Sicherheitsrat vertreten sind, hatte der Staatspräsident Mosambiks eingeladen, der im Monat März den Vorsitz des Sicherheitsrates innehatte. Für mich war es klar, dieser Einladung nachzukommen. Denn Frieden und Sicherheit in Afrika sind aufs engste mit unserer eigenen Sicherheit in Europa verknüpft. Deutschland arbeitet in diesem Bereich eng mit seinen afrikanischen Partnerländern zusammen. Im Mittelpunkt der Debatte standen unterschiedliche Ansätze zur Umsetzung und Unterstützung der „Silencing the Guns“ Initiative der Afrikanischen Union. Ich legte in meiner Rede unsere weitreichende politische und finanzielle Unterstützung im Bereich der Konfliktprävention und Friedensförderung dar, die von den afrikanischen Ländern und der Afrikanischen Union sehr wertgeschätzt werden.

Mir war es wichtig, die Transatlantikreise auch für Gespräche in Washington mit der US-Regierung von Präsident Biden zu nutzen, um mich zu afrikapolitischen Themen, zu Fragen des Völkerrechts, zu Abrüstung und zur Frage der Restitution von Kulturgütern auszutauschen. Deshalb reiste ich von Genf aus zunächst für zwei Tage nach Washington D.C.

Die USA sind einer unserer wichtigsten Partner. Nach einer spürbaren Abkühlung der Regierungsbeziehungen unter Präsident Trump, ist unter der Biden-Administration die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit erfreulicherweise wieder sehr eng. Das wurde nicht zuletzt auch daran deutlich, dass ich sehr kurzfristig hochrangige Gesprächstermine im US-Außenministerium und im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) bekam, der den Präsidenten zur äußeren Sicherheit des Landes berät. Der NSC spielt daher eine wichtige Rolle zur Ausarbeitung und Umsetzung der US-Außenpolitik.

Ich führte Gespräch mit der Staatssekretärin im Außenministerium für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, und ihrem Team, sowie mit hochrangigen Mitarbeitern im Nationalen Sicherheitsrat zur schwierigen

Situation im Sahel und in Ostafrika. Dabei wurde sehr deutlich, dass wir in vielen Fragen die gleiche Position vertreten.

Mit Staatssekretärin Bonnie Jenkins hatte ich einen sehr informativen Austausch über Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle.

Mit der Sonderbotschafterin des Außenministeriums für Internationales Strafrecht, Beth van Schaak, sprach ich über die strafrechtliche Aufarbeitung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie über eine Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs. Ich freute mich sehr, dass sich die US-Regierung unmittelbar vor meinem Besuch dem Vorschlag unserer Ministerin für ein „internationalisiertes Gericht“ angeschlossen hatte – eines Gerichts, das auf Grundlage ukrainischen Rechts mit internationaler Unterstützung das Aggressionsverbrechen des russischen Angriffskrieges aufarbeiten kann. Beth van Schaak hatte diese Entscheidung erst am Vorabend öffentlich gemacht. Wir sind uns auch dahingehend einig, dass wir den Gegenvorschlag eines Sondertribunals, das allein auf der Grundlage eines Mehrheitsbeschlusses der UN-Vollversammlung errichtet werden soll, ablehnen. Die Befürworter einer solchen Lösung erhoffen sich damit, die Immunität Putins als Staatsoberhaupt aushebeln zu können. Die Rechtsgrundlage eines solchen Gerichts wäre aber nicht nur angreifbar – sie würde uns auch dem Vorwurf doppelter Standards aussetzen und möglicherweise die Unterstützung für den ICC schwächen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war mir der Austausch zur Restitution von Kulturgütern im Rahmen der Aufarbeitung unserer Kolonialvergangenheit. Zu diesem Thema lud unsere Botschafterin in Washington, Emily Haber, eine bunt gemischte Runde aus Expertinnen und Experten von Museen, wissenschaftlichen Institutionen und Regierungsvertreterinnen zu einem Abendessen ein. Wir hatten eine äußerst lebhafte Diskussion, bei der sehr schnell klar wurde, dass diese Debatte auch in den USA an Fahrt aufnimmt. Während wir uns in Deutschland schon lange mit den Museen einig sind, dass beispielsweise die Benin Bronzen zurückgegeben werden müssen, ist die Diskussion darüber in den USA noch in vollem Gange.

Im Umgang mit menschlichen Überresten, die sich in Museen und Forschungsinstitutionen befinden, sind uns die USA in mancher Hinsicht voraus: Bezüglich menschlicher Überreste, die den indigenen Stämmen der USA zuzuordnen sind, gibt es seit 1990 ein Gesetz auf Bundesebene (Native American Graves Protection and Repatriation Act – NAGPRA), das Rückgaben und Wiederbestattungen regelt. Davon ausgenommen ist

allerdings die Smithsonian Institution, die mit 19 Museen wichtigste Museumsinstitution der USA (Eintritt für alle Besucher ist immer kostenlos!). Daher hat das Smithsonian einen eigenen Leitfaden zum Umgang mit menschlichen Überresten entwickelt.

Meine Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Think Tanks und USAID (US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit) zu unseren jeweiligen Stabilisierungsbemühungen in Afrika haben den Washington-Besuch abgerundet und waren eine gute Vorbereitung auf die Gespräche in New York bei den Vereinten Nationen. Stabilisierungsmaßnahmen unterscheiden sich von rein humanitärer Hilfe in Krisenlagen und von langfristiger Entwicklungszusammenarbeit darin, dass sie konkret der Prävention bzw. Beilegung von Konflikten dienen. Für die Stabilisierung ist daher in Deutschland – ebenso wie für die humanitäre Hilfe – das Auswärtige Amt zuständig. Selbstverständlich gibt es auch häufig Überschneidungen der Bereiche, weshalb es wichtig ist, dass wir mit dem EZ Ressort eng zusammenarbeiten. Die USA wollen sich künftig auch im Bereich Konfliktprävention mehr engagieren. Deutschland ist größtes Geberland, was Stabilisierungsmaßnahmen angeht. Dies und auch die Art und Weise, wie wir die Projekte angehen – nämlich in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern – findet international Anerkennung.

Am dritten Reisetag fuhr ich erstmals mit dem Zug von Washington nach New York, durch schöne Lagunenlandschaften in Küstennähe, vorbei an kleinen Ortschaften. Es tut gut, zwischen den Prachtbauten von D.C. und den Häuserschluchten New Yorks nochmal einen Blick auf das sonstige Land zu bekommen – ein Vorteil, den Flugreisen nicht bieten können.

Gleich in New York angekommen hatte unsere Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Antje Leendertse, einige ihrer afrikanischen Botschafterinnen-Kolleginnen zu einem Austausch über Feminist Foreign Policy eingeladen. In Afrika gibt es ein Netzwerk von Frauen, das African Women Leaders Network, das von Deutschland finanziell unterstützt wird und mit inzwischen 32 Landesverbänden sehr erfolgreich arbeitet. Davon habe ich mich bei meinen Reisen in afrikanische Länder im Gespräch mit AWLN-Vertreterinnen selbst überzeugen können. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit von AWLN ist es, jungen Frauen Vorbilder zu geben, um den Mut zu finden, gesellschaftliche Konventionen zu durchbrechen. Denn oft sind die gesetzlichen Regeln weniger das Problem als die gesellschaftlichen Traditionen. Aber auch der Kampf für die gesetzliche Gleichstellung im

Familien-und Erbrecht und beim Gewaltschutz sind wichtig und brauchen starke Frauennetzwerke.

Obwohl die Afrikanische Union selbst sehr stark auf eine 50 % Quote in ihren Institutionen bis 2025 hinarbeitet, sind nur 4 der 54 afrikanischen Staaten durch weibliche Botschafterinnen bei den Vereinten Nationen vertreten. Das Problem sei – so erklärte mir die AU-Botschafterin Fatima Kyari Mohammed – das Recruiting von Frauen, da das gesellschaftliche Umfeld eine Bewerbung oft nicht zulasse.

Außerdem führte ich Gespräche mit der stellvertretenden Generalsekretärin der VN für Afrika, Martha Pobe, mit der Untergeneralsekretärin für Politik und Peacekeeping, Rosemary DiCarlo, und mit dem Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, Jean-Pierre Lacroix. Schwerpunkt der Gespräche waren die Konflikte in Äthiopien, in Mali, in Libyen und im Kongo.

Es ging aber auch um die Zukunft der afrikanischen Peacekeeping-Missionen allgemein: wie werden sie künftig strategisch ausgerichtet, finanziert und wer soll mit der Durchführung beauftragt werden?

Dieses sehr intensive Gesprächsprogramm war ein aufschlussreicher Einblick in die unendlich wichtige Arbeit, die die Vereinten Nationen leisten.

Mit der Leiterin des VN-Büros für Abrüstungsfragen, Izumi Nakamitsu, war ich mir schnell einig: Abrüstung und Rüstungskontrolle ist kein idealistischer Traum, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.

Bei einem Besuch des DAAD und des DWIH (Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus) ging es dann zur Abwechslung mal um unser bilaterales deutsch-amerikanisches Verhältnis. Der DAAD vergibt Stipendien für Studierende, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Deutschland für einen Aufenthalt in USA und umgekehrt. Das DWIH versteht sich als Serviceeinheit und Hebel für den Wissenschaftsaustausch und Vernetzung, auch mit der Wirtschaft. Schade, dass das weltweite Netzwerk von DWIHs bisher noch keinen Standort in Afrika hat, obwohl die Nachfrage aus der Wirtschaft und von Studierenden, die gerne in Deutschland studieren wollen, groß ist.

Vorletzter Stopp war ein Gespräch mit der Direktorin im Metropolitan Museum, dem größten Kunstmuseum der USA mit einer der bedeutendsten kunsthistorischen Sammlungen der Welt. Aufgrund seiner Bedeutung setzt

es durch eigenes Verhalten Standards für andere privat finanzierte Museen. Auch hier wird das Thema Restitution intensiv diskutiert.

Schlusspunkt meiner Reise bildete ein kurzer Baustellenbesuch beim geplanten Kulturforum „1014 – space for ideas“. Die ehemals vom Goethe-Institut genutzte bundeseigene Immobilie stand seit 2009 leer und soll jetzt umfassend saniert werden, um dann als modernes Kulturzentrum für den transatlantischen Austausch genutzt zu werden.

Nach der Rückreise wird mir wieder deutlich, welche Vorteile die Afrikareisen gegenüber einem Transatlantikflug haben: sie ersparen einem die Strapazen des Jetlags durch unterschiedliche Zeitzonen. Diesmal konnte ich dem nicht entgehen, aber die umfangreichen und erkenntnisreichen Gespräche mit so vielen afrikapolitischen Akteuren waren es auf jeden Fall wert!